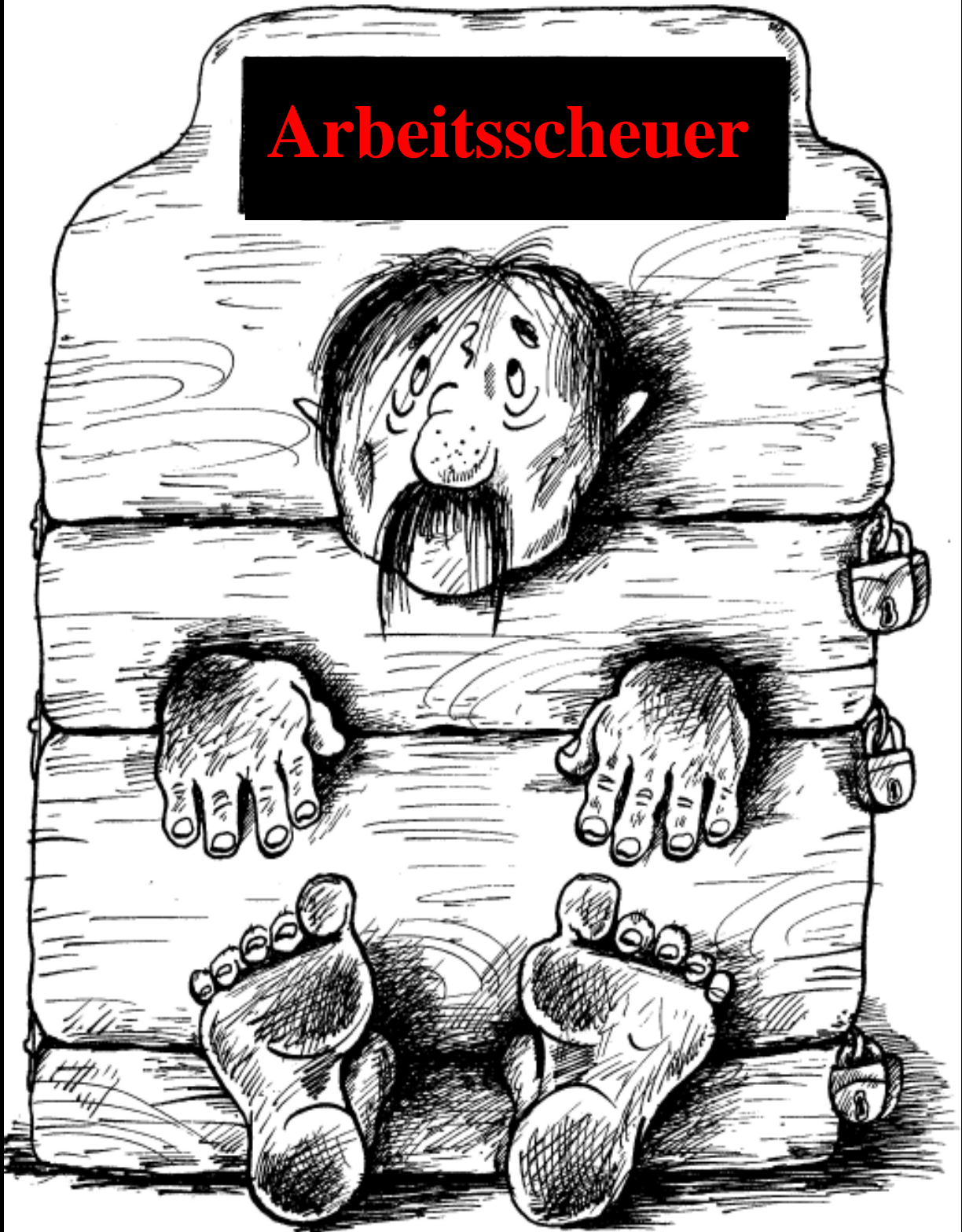


Erziehung zur Erwerbsarbeit

Arbeitscheuer



Münze und Lenin einig!



„Nur wer arbeitet, soll auch essen“

Damit hatte er die Nerven von Franz Müntefering jedoch offenbar überstrapaziert. Schreiner sei ein „Obermoralisierer“, bolzte der Arbeitsminister zurück. Um dann einen Satz zu zitieren, der die Gemüter nicht beruhigte. „Nur wer arbeitet, soll auch essen“, sagte der Arbeitsminister. Eine Erläuterung, die in der Fraktion nicht besonders gut ankam. Handelsblatt, 5.10.2005

Lenin: „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen!“

Man muss es ja nicht gleich mit Lenin halten, der auf dem so genannten Agitationsteller (1921) fordert: „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen!“

Chancen gibt es auch für Osteuropahistoriker immer.



„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“,

Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts, Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft. Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände **zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist**.

„Die Frau und der Sozialismus“

**Wer nicht arbeitet,
muß trotzdem essen!**

Volck: Sehr guter Artikel

Götz Eisenberg

»Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«

Zur Sub- und inneren Kolonialgeschichte der Arbeitsgesellschaft



»Denn das Leben und die Zeit des Menschen sind nicht von Natur aus Arbeit, sie sind Lust, Unstetigkeit, Fest, Ruhe, Bedürfnisse, Zufälle, Begierden, Gewalttätigkeiten, Räubereien etc. Und diese ganze explosive, augenblickhafte und diskontinuierliche Energie muß das Kapital in kontinuierliche und fortlaufend auf dem Markt angebotene Arbeitskraft transformieren.«
Michel Foucault

»Mensch sein heißt Kämpfer, Arbeiter sein; köstlich wird unser Leben erst dann, wenn es Mühe und Arbeit gewesen ist«, heißt es in Emil Kraepplins Schrift »Zur Hygiene der Arbeit«, die 1896 erschien. 1883 schrieb August Bebel in »Die Frau und der Sozialismus«, einem der meistgelesenen Bücher der deutschen Arbeiterbewegung: »Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«, und Sartre stieß Ende der vierziger Jahre in Warschau auf Plakate, auf denen »Die Tuberkulose hemmt die Produktion« stand. »Die Arbeit bekommt



immer mehr alles gute Gewissen auf ihre Seite: der Hang zur Freude nennt sich bereits Bedürfnis der Erholung und fängt an, sich vor sich selber zu schämen«, stellt Friedrich Nietzsche in »Die fröhliche Wissenschaft« fest und erinnert daran, daß **diese nahezu einhellige Wertschätzung der Arbeit neueren Datums und anderen Kulturen durchaus fremd ist.**

Sie ist, genauer gesagt, bürgerlicher Herkunft. Mit dem Bürgertum steigt eine Klasse zur Herrschaft auf, die sich über Arbeit definiert und sich durch eine um Leistung zentrierte, methodische Lebensführung von der Aristokratie abgrenzt. Der soziale Narzißmus des Bürgertums beruft sich darauf, sauberer, anständiger, gebildeter und vor allem nützlicher, weniger korrupt und ausschweifend zu sein als der parasitäre und schmarotzende Adel. Sein Aufstieg ist mit einem enormen Zuwachs an **Triebkontrolle, Selbstbeherrschung** und kalkulierender Voraussicht verbunden. Die zwischen den Extremen schwankenden Affektlagen werden auf eine mittlere Linie gedämpft. Man hält an sich, nimmt sich zusammen (Vc:man beherrscht sich) und bemüht sich um Distinktion. Die aufsteigenden bürgerlichen Schichten praktizieren die Tugenden der Sparsamkeit, Askese und der Arbeitsamkeit nicht nur, weil Protestantismus oder Utilitarismus es ihnen nahelegen. Der Bürger beschneidet seine Bedürfnisse und unterwirft sich der »innerweltlichen Askese« (Weber), weil die Konkurrenz ihn bei Strafe des Untergangs zwingt, zu investieren und die Gewinne nicht unproduktiv zu verschwenden. Der Teil des Profits, der dem Konsum entzogen und reinvestiert wird, entspricht dem »verfemten Teil« (Bataille) des Bürgers.

Selbstdisziplinierung

Die Selbstdisziplin, die sich das Bürgertum auferlegt, schlägt um in und vollendet sich als Fremddisziplinierung. Aus der Härte gegen sich selbst leitet man das Recht, ja beinahe die Pflicht ab, unnachgiebig gegen die unproduktiven und lasterhaften Unterschichten vorzugehen: Die Unterschichten sind im Bürger anwesend in Gestalt seines Körpers und seiner Begierden. Denn die ihre Gelüste befriedigenden und faulenzenden Unterschichten verkörpern das, was der Bürger so mühsam und verbissen in sich niederhält. Der Puritaner und Arbeitsfanatiker Thomas Carlyle hat diesen Zusammenhang gesehen und den arbeitenden Menschen zu einem regelrechten Kreuzzug gegen den »**Erzfeind Selbstsucht und Müßiggang**« aufgerufen: »Was unmethodisch und wüste ist, wirst Du methodisch und urbar machen. Überall, wo Du Unordnung findest, da ist Dein ewiger Feind. Greif ihn rasch an und bezwinde ihn; mach Ordnung daraus, die nicht dem Chaos, sondern der Intelligenz,

der Gottheit und Dir untertan ist. ... **Arbeit ist die Mission des Menschen auf dieser Erde.** Es kämpft sich ein Tag herauf, es wird ein Tag kommen, an dem der, welcher keine Arbeit hat, es nicht für geraten halten wird, sich in unserem Bereich des Sonnensystems zu zeigen, sondern sich anderwärts umsehen mag, ob irgendwo ein fauler Planet sei. ... Nicht >Waffen und der Mann<, >Das Werkzeug und der Mann< sollte heute unser Epos heißen. Was ist unser Werkzeug ... anderes als Waffen, mit welchen wir die Unvernunft drinnen oder draußen bekämpfen ... «

Der »faule Planet« wurde später in Auschwitz eingerichtet und trug über dem Eingangstor die Inschrift: »Arbeit macht frei«. Arbeit ist Krieg von Anfang an, ein Vernichtungsfeldzug gegen das »Unkraut« drinnen und draußen.



Das Umschlagen der Selbstdisziplin in Fremddisziplinierung verflocht sich mit dem Zwang, die Imperative der neuen bürgerlichen Produktionsweise durchzusetzen, und gab dem epochalen Projekt der inneren Kolonialisierung seine grausame Dynamik und Durchschlagskraft.

Der industrielle Kapitalismus braucht die Menschen als variables Kapital, als lebendiges Arbeitsvermögen. Es steckt nur zunächst in untauglichen Körpern und ist in traditionelle Lebensformen und Gewohnheiten eingebunden. Der deshalb eingeleitete Feldzug gegen die plebejischen Unterschichten ist, wie Marx schrieb, »in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer«.

Es begann im 16. und 17. Jahrhundert damit, daß man **gegen die Massen von Bettlern** vorging, die der Zerfall der ständisch-feudalen Ordnung hervorgebracht hatte. Die traditionelle mittelalterliche Fürsorgesittlichkeit und Caritas geriet in Verruf: Die Leichtigkeit, mit der man ein Almosen erlangen konnte, verleite zum Müßiggang und demoralisiere die Menschen. Man erließ Verordnungen gegen das Betteln und die Landstreicherei. Wer bei einer Razzia aufgegriffen wurde, wurde ausgepeitscht, kahl geschoren und über die Grenze abgeschoben. Im Wiederholungsfall drohten Brandmarkung (das Einbrennen eines Buchstabens in die Schulter), Folter, Verkauf auf die Galeere, Verstümmelung oder Hinrichtung. Hans-Ulrich Wehler schreibt in seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte: »In dem kleinen bayrischen Rentamt Burghausen, das alles andere als ein zentraler Ort und kein Mittelpunkt des Gaunerunwesens war, wurden allein in der Spanne zwischen 1748 und 1776 1100 solcher Personen hingerichtet« (Wehler 1987, S. 176). Unterm Absolutismus ergänzte man diese Ausschlußmaßnahmen um Internierungspraktiken. Seit dem 17. Jahrhundert richtete man auch in Deutschland Zucht- und Arbeitshäuser ein, in die man die Vagantenbevölkerung einsperrte, um sie zur Arbeit anzuhalten und moralisch aufzurüsten. Während man spinnen, Holz raspeln oder Körbe flechten mußte, bekam man aus der Bibel oder frommen Traktaten vorgelesen. Die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Absolutismus sah in einer fleißigen Arbeitsbevölkerung die beste Garantie für die Mehrung des nationalen Wohlstands und die Sicherung und Erweiterung der Einnahmequellen des Monarchen. Also brachte man die Manufaktur ins Zucht- und Arbeitshaus oder vermietete die Insassen an deren Leiter. Weil die Faulheit und der Müßiggang zur Sünde und zur absoluten Form der Revolte geworden waren, zwang man die Menschen mit aller Gewalt zur Arbeit. Im Amsterdamer Arbeitshaus sperrte man hartnäckige Faulenzer in einen Raum, der langsam voll Wasser lief. **Der Inhaftierte konnte sich dann entscheiden: Entweder er ertrank, oder er begann kontinuierlich zu pumpen, das heißt zu arbeiten.** Weitere Strafen waren: Kostschmälerung, Arrest, Fesselung, körperliche Züchtigungen mit Rute, Stock, Tauende oder Peitsche.

Mit physischer Gewalt zwang man die Menschen, ihre schädlichen Neigungen aufzugeben und Arbeit als Lebensinhalt zu akzeptieren (vgl. Marzahn o. J.; Geremek 1988; Foucault 1969; Rühle 1971; Sachsse/Tennstedt, 1986). Der Sozialdisziplinierung waren nicht nur die Insassen der Zucht- und Arbeitshäuser unterworfen, sondern tendenziell die ganze Bevölkerung, sofern deren Lebensweise und Arbeitsrhythmus quer lagen zu den Anforderungen der kapitalistischen Produktion. Diese benötigt die Menschen als Lohnarbeiter, deren Arbeitskraft der Unternehmer kauft, um sie möglichst produktiv zu nutzen. **Kapital ist Herrschaft der toten Arbeit**



über die lebendige. Kommando über Zeit, Muskel, Hirn und Bewegung von Menschen, die als variables Kapital in seinen Verwertungsprozeß eingehen, wobei die Höhe der Profitrate davon abhängt, wie intensiv die vom Kapital gekaufte Arbeitszeit genutzt wird und wie geschickt man die lebendige Arbeit mit der Maschinerie kombiniert, die ihr den Rhythmus diktiert.

Die Imperative und Verhaltenszumutungen der Lohnarbeit, unabhängig von biologischen und klimatischen Rhythmen Tag für Tag dieselben monotonen Handgriffe zu wiederholen, pünktlich in der Fabrik zu erscheinen und sie nicht vor Feierabend zu verlassen, waren den vorindustriellen Menschen fremd. Ihr Leben folgte einem anderen Rhythmus und kannte die strikte **Trennung von Arbeit und Leben** noch nicht. Solange man überwiegend für den eigenen Bedarf produzierte, also Gebrauchswerte herstellte, herrschte ein aufgabenorientierter Arbeitsrhythmus und eine entsprechende Zeiteinteilung. **Kontakt- und Geselligkeitsbedürfnisse mischten sich in die Arbeitsvollzüge ein** und unterbrachen sie, der Arbeitstag verkürzte oder verlängerte sich je nach der zu erledigenden Aufgabe, zahllose Feste und Feiertage lockerten das Arbeitsjahr auf und sorgten für periodische Enthemmungen und Entregelung. **Solange die Menschen für den Eigenbedarf produzierten, konnten sie ihren Arbeitsrhythmus weitgehend selbst bestimmen, und es herrschte »ein Wechsel von höchster Arbeitsintensität und Müßiggang«** (E. P. Thompson). Ein und derselbe Mensch ging im Laufe eines Tages ganz verschiedenen Tätigkeiten nach, deren Gesamtheit er wahrscheinlich trotz aller punktueller Mühsal und Plage nicht einmal als »Arbeit« empfand: Es war einfach seine Lebensweise.

Solange die menschlichen Tätigkeiten noch nicht der ökonomischen Rationalität unterliegen, schreibt Gorz, »fallen sie mit Zeit, Bewegung und Rhythmus des Lebens zusammen« (Gorz 1989, S. 156).

Die Gebrauchswertproduktion kennt die Kategorie des »Genug«. Mehr zu produzieren, als man zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse benötigt, gilt als sinnlos und darüber hinaus als unmoralisch. Produktion und Tausch, wo er, wie im städtischen Zunft Handwerk, bereits vorkam, waren eingebunden in tradierte Vorstellungen vom richtigen Leben.

Widerstände gegen die Logik des Kapitals

Aus der Perspektive des industriellen Kapitals waren das alles Borniertheiten, die es zu sprengen, von denen es sich im Namen **schrankenloser Akkumulation** zu emanzipieren galt. Während der ganzen Frühphase der Industrialisierung rissen die Klagen von Unternehmern über den »traditionalistischen Schlendrian«, über die Unbeständigkeit und die müßiggängerischen Neigungen der Menschen nicht ab. **»Der Müßiggang ist in der Stadt wie auf dem flachen Lande so groß«, heißt es in einem Schreiben an den französischen Finanzminister Colbert, »daß es keine Kleinigkeit sein wird, die Leute zu geregelter Arbeit zu bewegen«** (zitiert nach Rühle 1971, S. 59f.). Auch wenn man sie endlich in das Joch der Manufaktur oder Fabrik eingespannt hatte, konnte man keineswegs sicher sein, daß sie dort auch blieben und täglich wiederkamen. **»In der Phase der ursprünglichen Akkumulation«, schreibt Hans-Jürgen Krahl, »kam es durchaus vor, daß Lohnarbeiter zu arbeiten aufhörten, wenn sie ausreichend verdient hatten, und den Rest des Tages oder der Woche versoffen, verspielten oder verhurten«** (Krahl 1971, S. 76).

Den aus handwerklichen oder agrarischen Lebenszusammenhängen stammenden Menschen war die neue Arbeits- und Zeitdisziplin so zuwider, daß viele Fabrikanten sich außerstande sahen, Leute zu finden. Und wenn sie welche fanden, waren die Abwesenheitsquoten hoch; oft kündigten die Arbeiter nach wenigen Wochen bereits wieder oder verschwanden einfach. Die Unternehmer klagten über den nomadenhaften Wandertrieb der Arbeiter. »Einige Gruppen verweigerten sich der neuen Fabrikdisziplin en masse. Die Bauern der schottischen Highlands konnten nicht leicht dazu gebracht werden, den neuen Zeitrahmen zu akzeptieren. Ein Beobachter bemerkte: »Ein Highlander sitzt nie zufrieden am Webstuhl; es ist, als spannte man einen Hirsch vor den Pflug!« (Rifkin 1988, S. 119).

Es ist genug!

Die ersten Unternehmer verzweifelten daran, daß die Arbeiter keinerlei »Erwerbssinn« hatten und noch über **einen Begriff vom »Genug« verfügten.** Geld war, wie Freud bemerkte, nicht nur kein Kinderwunsch, es reizte auch den noch in Kategorien der moralischen Ökonomie denkenden Menschen nicht über ein gewisses Maß hinaus. Er dachte gar nicht daran, so Werner Sombart, »Geld und möglichst viel Geld zu verdienen. **Er will nicht erwerben um des Erwerbens willen, sondern will**

gerade so viel erwerben, um davon in gewohnter Weise leben zu können. Er will nicht einmal immer besser leben. Hat er im Lohnverhältnis diesen Betrag erreicht, so denkt er nicht daran, weiter zu arbeiten, sondern er hört einfach zu arbeiten auf: das ist die Erfahrung, die alle Unternehmer, zu ihrem nicht geringen Leidwesen, bei der Beschäftigung unerzogener Arbeiter gemacht haben, die sie heute noch machen in allen Gegenden, in denen der **Geist des Kapitalismus** die Masse noch nicht erfaßt hat« (Sombart 1928, S. 426). Auch durch eine Erhöhung des Akkordlohns konnte man die Arbeiter nicht zu größerem Arbeitseifer anspornen. Die erste Arbeitergeneration hatte ziemlich starre Ansichten darüber, wann ein angemessener Lebensstandard erreicht war, und man **zog ab einem bestimmten Punkt die Freizeit der Steigerung des Einkommens vor.** Je höher der Lohn war, um so weniger mußte man leisten, um diesen Punkt zu erreichen (vgl. Landes 1973, S. 67; Weber 1969, S. 49f.).

Sirenen und Wachklopfer

Um dieser Form von Absentismus Herr zu werden, senkte man die Löhne auf ein absolutes Minimum, **in der Hoffnung, daß das nackte Elend die Arbeiter in die Fabriken treiben würde.** Damit nicht genug: In der Manufaktur oder Fabrik wachte ein strenges Fabrikreglement darüber, daß die Arbeiter auch wirklich arbeiteten und die vom Unternehmer gekaufte Zeit nicht reine Zeit war, sondern die einer produktiven Arbeitskraft. Man errichtete eine regelrechte »Diktatur der Pünktlichkeit« und eine »Mikrojustiz der Zeit« (Foucault). Zu spät Kommende wurden bestraft, es gab Geldbußen und Lohnabzüge für Bummelei und unerlaubtes Sichentfernen vom Arbeitsplatz, **man führte die Fabriksirene ein**, die Arbeitsbeginn, Pausen und Feierabend anzeigte. In englischen Industriestädten schrillte morgens um fünf Uhr eine Dampfpeife, um die Leute aus dem Schlaf zu reißen. Mancherorts stellten die Unternehmer »Wachklopfer« an, die von Wohnung zu Wohnung gingen und mit Stangen an die Fenster der Arbeiterquartiere klopfen. Einige dieser Wachklopfer zogen gar an Schnüren, die aus den Fenstern hingen und am Zeh des Arbeiters befestigt waren (vgl. Rifkin 1988, S. 120).

Schandsäule

In Deutschland erhielten die Fabrikherren und Manufakturbesitzer mitunter vom jeweiligen Landesherren die niedere Gerichtsbarkeit, womit die Arbeiter waren. H.-U. Wehler berichtet, daß es in süddeutschen Fabriken gab, an die Arbeiter angekettet wurden, die gegen irgendwelche Regeln verstoßen hatten. Die geübteste Methode, die neue Zeitdisziplin und einen regelrechten Arbeitseifer zu erzwingen, erwies sich schließlich die Einführung der Maschinerie, die alle lebensweltlichen Beimischungen aus dem Arbeitsprozeß herauspreßte.



Bauer Montag

Außerhalb der Fabrik führte man einen hartnäckigen Kampf gegen die Tradition des »blauen Montags«, an der die Arbeiter auch unter gewandelten Bedingungen zunächst festhielten, und gegen die große Zahl von Festen und Feiertagen, Kirchweihen und Jahrmärkten. Nach den Kriterien der ökonomischen Vernunft erschien das nicht nur als unerträg-

liche Vergeudung von Zeit und Geld, man fürchtete auch die alkoholischen Exzesse und die plebejische Widerspenstigkeit vieler dieser Feste, die Entladung, Enthemmung und die explosionsartige Verausgabung von Energien, die man gerade stauen und in kontinuierlich verausgabte Arbeitskraft transformieren wollte (vgl. Lafargue 1978, S. 23).

»innere Selbstzwangapparaturen«

Auf Dauer konnte man sich allerdings auf Systeme und Einrichtungen des reinen äußeren Zwangs nicht verlassen. **Man mußte dafür sorgen, daß die Zwänge nach innen wanderten und sich dort als »innere Selbstzwangapparaturen« (Elias) festsetzten. Wie schafft man es, daß Menschen arbeiten wollen und sich das Produkt ihrer Arbeit wegnehmen lassen?** Wie erzeugt man gefügige und nützliche Körper, wie akklimatisiert man die Menschen wirkungsvoll an die Regelmäßigkeit und die lineare Zeit des Kapitals?

Kinderarbeit



A. Ure gelangte nach den Erfahrungen mit der ersten Arbeitergeneration zu dem Schluß, daß mit Arbeitern, die der Pubertät entwachsen seien und aus dem Handwerk oder der Landwirtschaft stammten, für industrielle Zwecke nichts anzufangen sei (vgl. Sombart 1928, S. 425f). William Temple machte 1770 den Vorschlag, arme Kinder bereits im Alter von vier Jahren in die Arbeitshäuser zu schicken, wo sie Fabrikarbeit leisten und Schulunterricht erhalten sollten. »Es ist sehr nützlich, daß sie auf irgendwelche Art ständig beschäftigt werden, wenigstens 12 Stunden am Tag, ob sie damit nun ihren Unterhalt verdienen oder nicht; denn wir hoffen, daß sich auf diese Weise die heranwachsende Generation so sehr an ständige Beschäftigung gewöhnen wird, daß sie diese zuletzt als angenehm und unterhaltend empfindet...« (zit. nach Thompson 1980, S. 53).

Es begann die grauenhafte Periode der Kinderarbeit. Kinder waren billig zu haben, anstelliger und leichter an den Rhythmus der Fabrikproduktion zu gewöhnen. Kinder ab fünf Jahren hatten bis zu 16 Stunden täglich in schlecht beleuchteten und belüfteten Räumen schwere Arbeiten zu verrichten. Parallel dazu begann man, Kinder in die Schule zu schicken. Und was lernten sie dort? In erster Linie **Sekundärtugenden und Arbeitshaltungen**. Der Rhythmus der schulischen Sozialisation entsprach dem der Produktion. Man unterteilte die Zeit in kleine Abschnitte, brachte den Kindern bei, auf Glockenzeichen zu reagieren, man zwang sie, pünktlich zu sein und stillzusitzen, man korrigierte ihre Körperhaltung und ihre Gesten, man disziplinierte ihr ganzes Verhalten und bestrafte jede noch so geringfügige Abweichung und Nachlässigkeit mit körperlichen Züchtigungen und Demütigungen. Man kolonialisierte die Köpfe, indem man sie mit funktionalem Wissen vollstopfte, und die Körper, indem man sie desexualisierte und zum Arbeitsinstrument herrichtete, und man verpaßte den Zöglingen eine Seele, die als innere Ergänzung des äußeren Zwangs wirkte.

Die industrielle Rationalität mischte sich schließlich sogar in die Aufzucht und Pflege des Neugeborenen und des Kleinkindes ein. Normen der Distanz erhoben sich zwischen Mutter und Kind: Man ging nicht mehr hin, wenn das Baby schrie, man legte es weg, nahm es auf und ernährte es nach dem Rhythmus der Uhr und nicht nach dem der kindlichen Bedürfnisse, man dressierte es, seine Exkremente pünktlich auszuscheiden, und man sorgte dafür, daß es sich vor seinen Körperflüssigkeiten ekelte. Die heiligen Grundsätze der »schwarzen Pädagogik« (Rutschky), unter deren Anweisungsstrukturen Erziehung nun mehr und mehr geriet, lauten: **Man beginne sofort nach der Geburt damit, den Eigensinn des Kindes zu brechen, die anarchischen Formen seiner Lust einzudämmen und den unreglementierten Trieb zu bändigen.**

Klaus Theweleit hat darauf hingewiesen, daß auf diese Weise empfangene und erzogene Menschen »nicht zu Ende geboren« werden. Da, wo sich unter günstigeren Umständen ein Ich hätte entwickeln können, haben diese Menschen einen unter Schmerzen angeprägten Körperpanzer, eine Art Berstschutz, der verhindert, daß sie fragmentieren und auseinanderbrechen. **Das prekäre Ich des Nicht-zu-Ende-Geborenen bedarf der äußeren Stützung, eines Korsetts, das die Schwächen der Ich-Struktur kompensiert. Die landläufige Form dieses Korsetts ist die Arbeit**, die zum wichtigsten Ich-Erhaltungsvorgang wird. Arbeit hält ihn bei der Stange und sichert ihm das reduzierte Überleben, und zwar nicht nur, weil sie seine materielle Reproduktion über den Lohn garantiert, sondern **weil das Arbeiten sein Ich vor dem Fragmentieren und Zusammenbrechen bewahrt**, vor dem Hereinbrechen verschlingender Symbiosen (vgl. Theweleit 1978, S. 244ff.).

Das Zusammenspiel all dieser Prozesse führt dazu, daß Arbeit schließlich zur zweiten Natur des Menschen wird. Die physische und manifeste Gewalt aus der Aufstiegsphase der kapitalistischen Produktionsweise kann sich in dem Maße zurückziehen, **wie die Menschen sich selbst Zwang antun**. Die Mauern, hinter die man sie einst sperrte, sind jetzt im Inneren aufgerichtet. Es ist ein weitverbreitetes Mißverständnis, diesen Zustand mit Freiheit zu verwechseln und aus der Tatsache, daß die Ketten abgeschafft sind, mit denen man ehemals die Galeerensträflinge an die Ruderbank fesselte, zu schließen, die Galeerensträflinge selbst seien abgeschafft worden.

Die Imperative der kapitalistischen Produktion und der ökonomischen Vernunft sind als eine Art trojanisches Pferd in die Menschen eingedrungen und haben den Status von Quasi-Instinkten und bedingten Reflexen angenommen. Lebensgeschichtlich frühe Rhythmisierungen

der kindlichen Bedürfnisse, die Dressur der Körper und der Motorik lassen Arbeit zu einer ungreifbaren und zugleich prägnanten Determinierung werden. Als Folge dieses epochalen psychischen Umrüstungsprozesses bildet sich eine zweite innere Natur des Menschen heraus, ein Fundus von tief eingewurzelten Automatismen, (Wiederholungs-)Zwängen und Abwehrmechanismen. Die Rigidität und Zwanghaftigkeit des Arbeits- und Alltagsverhaltens resultiert also nicht oder nicht in erster Linie aus dem Einfluß eines moralischen Diskurses: Einem solchen Zugriff könnte der Mensch sich relativ leicht entziehen. Wenn das Überich wie ein Reflex funktionieren soll, benötigt es als Unterbau und Komplizen einen kolonialisierten Körper, der von sich aus gewisse gefährliche Impulse wie den Wunsch nach einem Mehr an Glück und Zeit zum Leben abwehrt.

Arbeitslosigkeit, der soziale Tod



Am Anfang flohen die Menschen vor den Verhaltenszumutungen der Lohnarbeit und der Zeitdisziplin und zogen es mitunter vor, bettelnd durch die Lande zu ziehen. Auf dem Höhepunkt des gigantischen Dressur- und Umrüstungsprozesses **waren Arbeiter von der psychischen Dekompensation und psychosomatischen Erkrankungen bedroht, wenn sie arbeitslos wurden.** Wie die Studie von Marie Jahoda und anderen über »Die Arbeitslosen von Marienthal« aus den frühen 30er Jahren zeigt, **wird Arbeitslosigkeit erlebt wie ein sozialer Tod.** Seiner Identitätsprothesen und des Metronoms beraubt, das bislang den Rhythmus des Lebens vorgab, fallen die Arbeitslosen aus ihren Sicherheiten ins Nichts der Desorientierung, Verzweiflung und Resignation. Getrimmt auf extreme Zeitregulierung **wissen sie mit dem plötzlichen Reichtum an freier Zeit nichts anzufangen** und verhalten sich wie ein jahrelang im Käfig gehaltener Tiger, der, nachdem man ihm die Freiheit zurückgegeben hat, weiter seine Gitterstäbe abschreitet und sich nach seinem Käfig und seinen Sicherheiten zurücksehnt. In einer Gesellschaft, in der sich die Vergesellschaftung für die meisten Menschen über Lohnarbeit herstellt und Sozialisation im wesentlichen Arbeitshaltungen vermittelt, büßt, wer seine Arbeit verliert, eben mehr ein als nur seine Einkommensquelle: seinen Ort, seine soziale Existenz, seine Kontakte und Beziehungen, und er wird seines wichtigsten Ich-Erhaltungsmechanismus beraubt, der **äußeren Stützen seines geschwächten Ichs. Das, was man den Pensionierungstod nennt, ist wohl der krasseste Ausdruck der Unterordnung des Lebens unter die entfremdete und entfremdende Arbeit.**

Arbeiterbewegung stolz auf Erwerbsarbeit



Gegen Ende des 19. Jahrhunderts machte in den Metropolen des Kapitals kaum noch jemand der Arbeitsgesellschaft das Realitätsmonopol streitig. Psychiater wie Emil Kraepelin und Karl Wilmanns faßten Müßiggang und Landstreicherei jetzt in Termini einer medizinisch-psychiatrischen Pathologie: Wer nicht arbeiten will, sondern sich »gleichgültig mit den Händen in den Taschen herumdrückt, ist geistesgestört und ein Fall fürs Irrenhaus und eben nicht mehr in erster Linie für Gefängnis, Zucht- und Arbeitshaus« (vgl. Wilmanns 1906). **Die Arbeiterbewegung hatte ihren anfänglichen Widerstand gegen die Verhaltenszumutungen der kapitalistischen Industrialisierung aufgegeben und versuchte, das Bürgertum gewissermaßen auf der Überich-Seite zu überholen.** Der deutsche sozialdemokratische Arbeiter um 1900 herum war stolz auf seine anständige Lebensführung, achtete streng auf seine Reputation, erzog seine Kinder zur Wehrhaftigkeit und sah verächtlich auf Obdachlose, Faulenzer und Bummelanten herab, mit denen er nichts zu tun haben wollte. Diejenigen, die man so lange der Unzuverlässigkeit und der Faulenzerei geziehen hatte, hatten sich inzwischen **das bürgerliche Wertesystem zu eigen gemacht** und wendeten es gegen die Bourgeoisie, die aus der Sicht der Arbeiter zu einer Klasse der Schmarotzer und Couponabschneider verkommen war. Erst in der sozialistischen Gesellschaft würden die Werte der Arbeit und der Produktion zur vollen Entfaltung kommen. Dem organisierten Sozialdemokraten war der Kapitalismus nur noch zu unordentlich und anarchisch-ungeplant, und **die Zukunftsgesellschaft stellte er sich als ein gigantisches Arbeitshaus mit Arbeitspflicht für jeden vor.** Etwas von der Gewalt, die nötig war, **um Menschen in Lohnarbeiter zu verwandeln,** ist noch in der idiosynkratischen Wut des arbeitenden Menschen auf den spürbar, der es wirklich oder vermeintlich leichter hat, der nicht so

hart arbeitet wie man selbst. So nimmt es eigentlich auch nicht wunder, daß die Kolonialpolitik des Kaiserreichs auf keinen nennenswerten Widerstand seitens der Arbeiterbewegung stieß und von August Bebel im Reichstag 1906 als »Kulturtat« grundsätzlich begrüßt wurde: »Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften ... zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind« (zit. nach: Die deutsche Arbeiterbewegung 1976, S. 344f.).

Weiter unten an der Basis wird man es weniger vornehm ausgedrückt und gedacht haben: »Wird Zeit, daß dem faulen Neger die Hammelbeine langgezogen werden. Warum soll's denen besser gehen als uns?«

Das ursprünglich bürgerliche Ressentiment gegen die Faulheit schlug bei denen, gegen die es sich richtete, in das Hohelied des Schweißes und der harten Arbeit um, und noch der sozialistische Gegenentwurf hatte etwas von dem Ressentiment des Beschädigten, **der gleiches Unrecht für alle fordert.**

http://www.balzix.de/feierabend_g-eisenberg_kolonialgeschichte-arbeit.html

Das Hohelied des Schweißes und der harten Arbeit





Media-Blöd - Wir sind doch nicht Blind! «» Oink, Oink, Grunz, Grunz! «»

Satire!

« Beck: SPD will Linke Volks-Partei werden!

Eurovision: Deutschland gewinnt mit Horrorkabinett! »

Münstefering: Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen!

Münstefering und die arbeitsamen Maden: Nur wer arbeitet soll auch essen!

Nun ist es raus: Die geplante Endlösung des Hartz IV und Arbeitslosenproblems beruht auf der genauso einfachen wie genialen Formel:

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

Wochenlang haben sich die Spitzenpolitiker der für das Volk zuständigen Parteien fleißig ihre Köpfe darüber zerbrochen wie es denn möglich wäre, bei all den Menschen die zwar unterhalb der Armutsgrenze leben, dabei aber nichtsdestotrotz den Staatshaushalt ganz ungebührlich belasten, doch noch etwas einzusparen. Und tatsächlich konnte nun Herr Münstefering, allerdings erst **nachdem arbeitsame Maden seinen Kopf feinsäuberlich und restlos von jeglichem Inhalt befreit hatten**, der Republik die rettende und geniale Idee präsentieren:

„Nur wer arbeitet soll auch essen!“ Genial!

Komisch daß vorher noch kein anderer Politiker darauf gekommen war! Das ist besonders im Hinblick darauf einigermaßen erstaunlich, daß es doch in der jüngeren deutschen Geschichte genügend Beispiele für ähnliche Lösungsansätze gibt.

<http://media-bloed.de/bild/media-bloed/muenstefering-wer-nicht-arbeitet-soll-auch-nicht-essen/>

Anhang

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen?

Von Studenten für Studenten - AG des Stura „Take Part“

Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen?

Die stark gestiegene Produktivität in den entwickelten Volkswirtschaften der Welt hat zur Folge, dass viele Menschen keine Möglichkeit mehr haben einen Arbeitsplatz zu finden, dessen Entlohnung die Sicherung ihrer materiellen Existenz gewährleistet. Staatliche Transferleistungen werden fast generell nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung gewährt. „Als Akademiker haben wir jedoch eine gesellschaftliche Verantwortung die Menschenbilder zu hinterfragen und zu überdenken, die dieser repressiven Herangehensweise zugrunde liegen“, so Tobias Held, Student, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Take Part an der Otto von Guericke Universität Magdeburg.

Das Bedingungslose Grundeinkommen schlägt hier einen Paradigmenwechsel vor. Insbesondere Prof. Dr. Götz W. Werner, Gründer der bekannten Drogeriemarktkette „dm“, regt mit seinem Konzept zum Thema zu einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Debatte an.

Um diese Problematik zu thematisieren, haben sich interessierte StudentInnen zur Arbeitsgemeinschaft „Take Part“ zusammengeschlossen und veranstalten am 16. April um 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Magdeburg am Uniplatz einen Vortrag mit anschließender, sicherlich kontroverser, Diskussion. Der Referent ist Ludwig Paul Häußner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Prof. Dr. Götz Werner an der Universität Karlsruhe. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. <http://magdeburg.webuni.de/?mod=topic&id=12964&pid=1238735&newsession=1>

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“

Wider die Diktatur des Prekariats

Die Nerven des Vizekanzlers und Arbeitsministers liegen blank, schreibt Friedhelm Hengsbach in der Frankfurter Rundschau.[1] Sonst hätte Franz Müntefering in der SPD-Fraktionssitzung nicht zur Bibel gegriffen und aus dem zweiten Thessalonicherbrief zitiert, „dass einer, der nicht arbeiten **will**, auch nicht essen soll“. Die ZEIT[2] spricht davon, der SPD-Linke Ottmar Schreiner habe mit einer vernichtenden Kritik an dem zentralen Reformwerk der Schröder-Regierung den Genossen Minister so erzürnt, dass er ihn als „Obermoralisierer“ abkanzelte und das Hartz-IV-Optimierungsgesetz mit einem Satz von August Bebel, dem bibelfesten Urvater der Sozialdemokraten, begründete: „Nur wer arbeitet, soll auch essen.“ Der Satz, der die Emotionen in der Fraktion hochkochen ließ und „in Anbetracht von fünf Millionen Arbeitslosen“ als „zumindest äußerst mißverständlich“ betrachtet wurde, war allerdings kein Ausrutscher in der Hitze der Debatte. **Im ZDF-Sommerinterview mit Pater Hahne am 24.07.2005 hatte der damalige SPD-Vorsitzende Müntefering gesagt:**

Es gab einen ganz alten Spruch in der Sozialdemokratie: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Das traut man sich heute gar nicht mehr zu sagen. Aber das war sozialdemokratisches Denken. Die haben gewusst: Jeder muss sich anstrengen, jeder muss seinen Teil dazu beitragen.

Die Zeiten haben sich geändert: Jetzt traut man es sich wieder. Allerdings in neosozialdemokratischer Form, die Tradition den modernen Erfordernissen des 21. Jahrhunderts angepasst. Lieber müßige Tätigkeit als tätige Muße August Bebel hatte das 1879 in dem Klassiker „Die Frau und der Sozialismus“ noch ein wenig anders, weniger modern formuliert. Im einundzwanzigsten Kapitel mit der Überschrift „Grundgesetze der sozialistischen Gesellschaft“ heißt es unter dem ersten Abschnitt „Heranziehung aller Arbeitsfähigen zur Arbeit“:

Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts, Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft. Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände **zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist**. Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widersinn sondergleichen. Nichtarbeiter, Faulenzer gibt es nur in der bürgerlichen Welt.

Und dann kommt der vielzitierte, aber aus dem Zusammenhang gerissene Satz:

Der Sozialismus stimmt mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. **Aber die Arbeit soll auch nützliche, produktive Tätigkeit sein.** Die neue Gesellschaft wird also verlangen, daß jeder eine bestimmte industrielle, gewerbliche, ackerbauliche oder sonstige nützliche Tätigkeit ergreift, durch die er eine bestimmte Arbeitsleistung für die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse vollzieht. **Ohne Arbeit kein Genuß, keine Arbeit ohne Genuß.**

Das klingt dann doch zu revolutionär, um sich daran heute noch zu erinnern. Da beauftragt man lieber den „Fallmanager“ in der „Agentur für Arbeit“ mit der „**Verfolgungsbetreuung**“ und motivierenden „Eingliederungsvereinbarungen“. Sonst könnte noch jemand auf den frevelhaften Gedanken kommen, dass **tätige Muße einer müßigen Tätigkeit vorzuziehen sei.** Und Bebels Randbedingungen der Arbeitspflicht unterschlägt man besser auch:

Indem alle verpflichtet sind zu arbeiten, haben alle das gleiche Interesse, drei Bedingungen bei der Arbeit erfüllt zu sehen. Erstens, daß die Arbeit im Zeitmaß mäßig sei und keinen überanstrengt; zweitens, daß sie möglichst angenehm ist und Abwechslung bietet; drittens, daß sie möglichst ergiebig ist, weil davon das Maß der Arbeitszeit und das Maß der Genüsse abhängt.

Diese drei Bedingungen, weiß Bebel, hängen aber wieder von der „Art und Menge der zur Verfügung stehenden Arbeitsmittel und Arbeitskräfte“ ab und von den „Ansprüchen, welche die Gesellschaft an ihre Lebenshaltung stellt“. Die sozialistische Gesellschaft bildet sich nicht, um proletarisch zu leben, sondern um die proletarische Lebensweise der großen Mehrzahl der Menschen abzuschaffen.

Das ist in der modernen Sichtweise der gesellschaftlichen Transformation im Zeitalter der Globalisierung, nicht zuletzt dank der tatkräftigen Mithilfe der neuen Sozialdemokratie unter Schröder und Müntefering, ja auch gelungen: Das Proletariat gibt es nicht mehr, es hat sich aufgelöst in das abgehängte Prekariat. Die von Bebel gestellte Frage: „Wie hoch wird die Gesellschaft ihre Ansprüche stellen?“ wird heute durch ein „Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende“ großkoalitionär beantwortet. Beck to the roots! Oder mit den Worten Friedhelm Hengsbachs, Leiter des Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik:

„Die große Koalition korrigiert die fehlerhaften Diagnosen und Therapien nicht: Sie macht die Arbeitslosen für nicht vorhandene Arbeitsplätze verantwortlich.“

Die „Wichtigste, fundamentalste und komplexeste Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Schröder), eine „Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt“ und „Mutter aller Reformen“ (Clement) ist grandios gescheitert. Da aber nicht sein kann, was nicht sein darf, wird das eigene politische Versagen auf andere abgewälzt. In der Sprache der Politik: es wird „feinjustiert“, um „Fehlentwicklungen“, der sogar als „legaler Missbrauch“ auftritt, zu bekämpfen, das „Anreizsystem“ wird „optimiert“, damit sich kein „Faulenzer“ in der „Hängematte“ ausruhen kann. **Müßiggang ist aller Laster Anfang** Das kann aber nur ein zaghafter Anfang sein, der bei weitem nicht ausreicht - wie die Landesfürsten der Union umgehend angemahnt haben: „Da helfen keine kleinen Schritte mehr.“ (Edmund Stoiber) Da muss eine „Generalrevison“ her. Volker Kauder, Fraktionschef der unionierten Christen im Bundestag, weist den rechten Weg: Null-Euro-Jobs. Zu den bereits beschlossenen Sanktionen gegen Arbeitsunwillige sagte er im ZDF: „Hartz IV bedeutet, dass wenn jemand diese Leistung bekommt, er völlig unabhängig von seiner Vor-Arbeit oder Ausbildung, die er hatte, jede Arbeit, jede zumutbare Arbeit annehmen muss.“ Und zwar ohne Aufschlag: „Die Notwendigkeit, den einen Euro zu zahlen, sehe ich nicht in jedem Fall. Wer Hartz IV bekommt, muss dafür etwas als Gegenleistung erbringen.“ (so Kauder in der SZ[3]) Dort hatte er auch vorgeschlagen: „Wir sollten uns alle darum bemühen, Begriffe zu verwenden, die jeder versteht.“ Deshalb nennt er auch seine „Null-Euro-Jobs“ für alle Überflüssigen, für die es „keine regulären Jobs gibt“, bei denen „dafür gesorgt“ werden muss, dass sie „jeden Morgen aufstehen“ und nicht nur „sinnlos herumgammeln“, auch „gemeinnützige Tätigkeit“ und nicht Zwangsarbeit - wie man früher unverständlich sagte. Was das Arsenal der Leistungsanreize angeht, könnte man aus der Geschichte allerdings noch einiges lernen. In früheren Jahrhunderten hat man mit Hingabe den „Erzfeind Müßiggang“, der bekanntlich aller Laster Anfang ist, unnachgiebig bekämpft.[4] **„Arbeit ist die Mission des Menschen auf dieser Erde. Es kämpft sich ein Tag herauf, es wird ein Tag kommen, an dem der, welcher keine Arbeit hat, es nicht für geraten halten wird, sich in unserem Bereich des Sonnensystems zu zeigen, sondern sich anderwärts umsehen mag, ob irgendwo ein fauler Planet sei.“** (Thomas Carlyle, Arbeit und nicht verzweifeln, o.J., zitiert in [4])

Begleitmusik zum Gesellschaftstanz

Die „Qualitätspresse“ intoniert dazu die schrille Begleitmusik und liefert den notwendigen Legitimitätsbeweis - nicht ohne die politischen Wegbereiter des neuen Realismus gleich mit auf die Anklagebank zu setzen. So leitartikelte die WELT[5] („Warum soll ich für Sie bezahlen?“) auf dem gewohnt hohen Niveau rechtsliberaler Argumentation:

Bisher funktionierte der Wohlfahrtsstaat deutscher Bauart nach dem Motto, mit dem naive Umweltschützer ihr Gewissen beruhigen: Der Strom kommt aus der Steckdose! Entsprechend nahmen die Sozialstaatsbürger ihre Zuwendungen in dem Glauben entgegen, das Geld komme vom Sozialamt. Eine wohlthätige Illusion, denn sie verschaffte beides, ein gutes Gewissen und eine ungebrochene Anspruchsmentalität.

Dank der unermüdlichen Aufklärungsarbeit der Bewahrer der Sozialen Marktwirtschaft, der das Soziale ausgetrieben werden muss, um sie zu retten, kann der Gutmensch feststellen: „Diese Illusion bröckelt, und das ist gut so.“

Durch die allgemeine Notlage der öffentlichen Finanzen sind die Empfänger staatlicher Wohltaten daran erinnert worden, daß das Geld nicht aus irgendwelchen anonymen Quellen strömt. Für die Seite der Geber gilt das natürlich auch: Auch sie hat die anhaltende Krise des Sozialstaats daran erinnert, daß sie und wie sie gemolken werden. Unter dieser Erkenntnis hat ihre Bereitschaft, auf dem Altar der Umverteilung ein Steueropfer nach dem anderen zu bringen, merklich gelitten.

Wenn wir einmal von der nebensächlichen Tatsache absehen, dass die „Notlage“ durch massive Steuerentlastung der Spitzenverdiener und Unternehmen herbei geführt wurde, dass auf dem Altar der angebotsorientierten Umverteilung ein Steueropfer nach dem anderen der Wirtschaft zu Füßen gelegt wurde - auf dass sie Arbeitsplätze schaffen mögen, wenn man also davon absieht, dass die Welt hier spiegelverkehrt in den Focus gerät, dann ist es wirklich ein Ärgernis, „den Leuten einzuzimpfen, daß es einen Rechtsanspruch auf alles mögliche gibt, auf Schultüten für die Kleinen und auf goldene Eheringe für die Großen“, Ja, dass Ratgeber in der „Beraterliteratur der sozialen Anspruchsindustrie“ sogar „zum Betrug förmlich anstiften“: „Sie müssen nicht wie eine Nonne oder ein Mönch leben. Ihr Freund/Ihre Freundin kann durchaus bei Ihnen zu Besuch sein und bei Ihnen übernachten. Das reicht für eine eheähnliche Gemeinschaft bei weitem noch nicht aus“, zitiert der WELT-Verbesserer aus einer Broschüre, die die noch dazu die SPD-Fraktion vor ein paar Jahren zusammenstellen und verbreiten ließ, und fährt fort: „Heute bemühen sich dieselben Sozialstaatsindustriellen, die diesen Unfug in die Welt gesetzt haben, die Folgen ihrer Großmannsucht wieder einzufangen. Sie versuchen sich an der Lösung von Problemen, die wir ohne sie gar nicht hätten.“

Also weg damit. Mit den „sozialen Rechten“ und all jenen, die solchen Unfug propagieren. „Bürger auf die Barrikaden“, forderte weiland schon der **olle Bahring aus seinem staatlich alimentierten Lehrstuhl ex cathedra in der FAZ**. Da kann die WELT nicht abseits stehen und ruft zur Volksbefragung auf, Mann gegen Mann:

Wie immer sind die Finanziers des Ganzen - gewöhnliche, rechts- und gesetzestreue Steuer- und Beitragszahler - die Dummen. Damit sie das nicht ewig bleiben, sollten sie sich ein Herz fassen und es genauso machen wie die Gegenseite, die Anonymität also durchbrechen und ihre Klagen nicht länger ans System richten, sondern an Personen. **Jeder von ihnen könnte und sollte jeden Arbeitslosen, jeden Rentner und jeden Studenten danach fragen, mit welchem Recht er davon ausgeht, daß er ihm den Lebensunterhalt, die Rente oder das Studium bezahlt.** Das könnte etwas Licht ins Dunkel bringen.

Und im Lichte der erhellenden Blitze eines WELT-Geistes sind natürlich dieselben Fragen auch an die Sozialpolitiker zu richten. Sie haben ja dafür gesorgt, „daß die Anspruchsberechtigten, die ihre Hand aufhalten, mittlerweile genauso kopfstark sind wie die Gruppe derer, die alle diese Hände füllen sollen.“ Das wächst sich zu einer bedrohlichen Notstandssituation aus, wenn „38 Millionen Erwerbstätigen rund 20 Millionen Rentnern, 8 Millionen Behinderten, 6 oder 7 Millionen Arbeitslosen und 2 Millionen Studenten gegenüberstehen“: Leute mit „zunehmenden Neigung zu Tötlichkeiten“, die es - man glaubt es kaum - „als ihr gottgewolltes Recht betrachten, von dem zu leben, was andere für sie aufbringen müssen“.

Damit ist in Deutschland ein kritischer Punkt erreicht. Denn wenn der Gleichstand eines nicht mehr allzu fernen Tages zugunsten der Versorgungsempfänger kippen sollte, könnte das Land seine Zukunft hinter sich haben. Dann wird die Rentner- und Empfängermentalität die Politik bestimmen und Forderungen erheben,

an denen die Machthaber nur bei Strafe des Machtverlusts vorbeikommen. Am Ende wird es allen schlechter gehen: allen, also nicht nur denen, die den maßlos gewordenen Hunger nach sozial genannter Gerechtigkeit stillen sollen, sondern auch den vielen anderen, die diesen Hunger entwickelt haben.

Diktatur des Prekariats droht

Das muss im wohlverstandenen Interesse der „vielen anderen“ verhindert werden, der „maßlos gewordene Hunger“ muss zum Wohle der Volksgesundheit auf das sozialdarwinistisch gebotene Maß, das noch einen Leistungsanreiz sicherstellt, zurückgeschraubt werden. Diese Gefahr demokratischer Selbsterstörung muss vorgebeugt werden - vielleicht mit der Wiedereinführung des Drei-Klassen-Wahlrechts. Wenn es gelingt, das Realitätsmonopol der irrealen Leistungsgesellschaft gegen die drohende Diktatur des Prekariats zu verteidigen, besteht noch Hoffnung: Die Zukunft des Landes ruht auf den Schultern der Jugend - und die „neue Generation denkt anders als ihre Eltern; die waren geprägt durch Gleichmacherei, Technikfeindlichkeit und Leistungsverweigerung. Dies hat unser Land auf eine schiefe Bahn gebracht“, hat der (Stefan) Baron der neoliberalen Heilsbringer schon 2001 erkannt [6]. Freiheit, Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft sind mit der „Generation Praktikum“ zurückgekehrt: „So ist die Wirklichkeit am Ende stärker als das Bild, das Menschen sich von Ideologien machen.“ Diesen positiven Befund verkündete der Chefredakteur der Wirtschaftswoche. Und so können wir „auf eine Renaissance der Marktwirtschaft hoffen“. Wenn, ja wenn da nicht noch bedauerliche Reste der sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats-Ideologie aus dem 19. und 20. Jahrhundert im kollektiven Bewußtsein der parasitären Mehrheit wären.

„Schmarotzerhafte Mitnahme-Mentalität“

Dagegen stemmt sich auch ein auf-rechter „WAZ“-Mann, seines Zeichens Chefredakteur des Flak-Schiffs der WAZ-Mediengruppe (Geschäftsführer ist der Schröder-Intimus Bodo Hombach), der an Hartz IV studiert hat, zu welchen „unerwünschten Verschiebungen bürgerlicher Moralvorstellungen fragwürdige Gesetze“ führen können: „Stütze zu beziehen galt als Notausgang, es wurde zum tolerierten Regelfall. Das Gesetz hat nicht zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung geführt, sondern zur Entmündigung. Gefördert wurde eine schmarotzerhafte Mitnahme-Mentalität quer durch alle gesellschaftlichen Schichten, so weit, dass sich der redliche Geringverdiener schon fragen muß, warum er sich noch antut, jeden Tag pünktlich zur Arbeit zu gehen.“ (Ulrich Reitz, „Wenn Gesetze Schaden stiften“, Kommentar in der Ausgabe vom 15./16.06.2006) Die erleuchteten Verkünder der neoliberalen Freiheitsbotschaft haben's aber auch nicht leicht: Da predigen sie jahrelang mit Engelszungen eine Strukturreform weg von der „**sozialistischen Wärmestube**“, hin zu mehr Eigeninitiative - und was kommt dabei - eins, zwei, drei, vier - raus: entmündigte Sozial-schmarotzer, mehr als je zuvor. Nach eigener Erkenntnis vom „Geist der Geschichte“ getragen, weiß der bürgerliche Baron aber: „Neoliberal ist nichts anderes als liberal - nur in der heutigen Zeit.“ Und die Liberalen, das weiß wiederum Guido Westerwelle, sind die „wirkliche Arbeiterpartei“. „Was die neoliberalen heute wollen, ist nichts anderes als das, was die Liberalen seinerzeit wollten“, dozierte Baron im „Presseclub“ [7], „Seinerzeit“, lernt der staunende Zuschauer, „haben die Liberalen eigentlich dafür gekämpft - gegen die Fürstenherrschaft und dafür, dass die bürgerliche Gesellschaft entsteht, und dass die Industriegesellschaft kommt. Und heute kämpfen die Neoliberalen dafür - gegen den Sozialstaat, wehren sich sozusagen.“ Der Privatgelehrte im Öffentlich-Rechtlichen weiter: „Der Sozialstaat ist an die Stelle der Fürsten getreten und die Globalisierung an die Stelle der Industrialisierung.“ So einfach kann Geschichte sein, wenn sie von den rechten Geistern erklärt wird. Und die Moral von der Geschichte: Traue einem Fürst und Baron nicht.

Ecrasez l'infame!

Absurdes Theater aus dem Tollhaus

Die „Stimmungsmacher der Hartz-Gesellschaft“ [8] sind auch an der TV-medialen Volks-Front im Einsatz. Dort schreitet die Christiansenierung des Gemeinwesens hoffnungsvoll voran - mit brutalst möglicher Aufklärung. Die Inszenierung des Show-Spiels „Die Verfolgung und Ermordung des gefräßigen Sozialstaats“, dargestellt durch die Schauspieltruppe des Hospizes zu Berlin unter der Anleitung des Herrn de Saat-Zwietracht, nach dem bewährten Drehbuch „Das Opfer ist der Mörder“ aus der Feder der unerschrockenen Kämpfer für wahre Freiheit und Gerechtigkeit, ist in vollem Gange. Überbezahlte Darsteller sind die bekannten Figuren, die sich nicht nach dem deutschen Spargel bücken mögen und die arbeitsscheuen Abzocker, die auf unsere Kosten lustig das pralle Leben

genießen. Ein Stück absurdes Theater aus dem Tollhaus - so recht nach dem Stammtisch-Geschmack die ideosynkratische Wut des rechtschaffenen und recht schaffenden Bürgers auf WELT-Niveau in Szene gesetzt.

Für das Thema des Dramas bei 'Sabine Christiansen' am Sonntag, den 28.05.2006, „Arm durch Arbeit, reich durch Hartz IV?“, wurde mit folgendem Text geworben:

„Es klingt grotesk: Arbeitslose können unter günstigsten Umständen auf einen Stundenlohn von rund 12 Euro brutto kommen und damit deutlich mehr „verdienen“ als manche Friseurin oder Leute am Bau. Viele Menschen stellten sich inzwischen auf „Sozialhilfe als Beruf“ ein, wurde diese Woche von Experten auf dem Kirchentag kritisiert. Die Hartz-Reformen, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen und den Sozialstaat abbauen sollten, verfehlen bisher ihr Ziel: Die Zahl der Arbeitslosen sinkt kaum, die Kosten aber explodieren.

In der Großen Koalition gebe es Streit darüber, ob das Hartz-Gesamtkonzept noch einmal überdacht und vor allem [sic] die staatlichen Zuwendungen weiter gekürzt werden müssten. „Wird Hartz, die Jahrhundert-Reform, zum Jahrhundert-Flop? Werden die 40% der Deutschen, die noch arbeiten und Steuern zahlen, 'abgezockt'? Geht es den Arbeitslosen immer noch zu gut?“ Solche und ähnlich sachdienliche Fragen stellt die „**Klofrau der Nation**“ (Georg Schramm) bar jeder irreführenden Realität den Politikern und anderen „Experten“, damit die in der öffentlich-rechtlichen Bedürfnisanstalt ARD ihre Sprechblasen entleeren können. Es klingt nicht nur grotesk, es ist grotesk. Mehr noch: es ist obszön. In der brandstiftenden Biedermann-Logik der Talk-Geister im öffentlich-rechtlichen Raum mit ihren aufklärerischen Vergleichen, die die grassierende Infamie mit aller ihnen zu Gebote stehenden intellektuellen Redlichkeit bekämpfen - gleichsam Erben Voltaires, nur dass dessen *Ecrasez l'infame!* sich gegen die Ehrlosen von heute, die „Sozialschmarotzer“ (BILD) richtet - kann ein Angehöriger der neuen Berufsgruppe „unter günstigen Umständen“ - wenn wir mal eine arbeitslose Familienministerin mit sieben Kindern hernehmen, statt der bevölkerungspolitisch ungesunden zwei, wie in der überzeugenden Rechnung für den Apfel-Birnen-Kompott unterstellt - leicht auf 20 Euro und mehr Stundenlohn fürs Nichtstun kommen.

Mehr Anstand wagen Da muss - das sieht jeder brave Bürger sofort ein - im Interesse der „Friseurin“ und der „Leute am Bau“ gegengesteuert werden: „Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel) Um das Lohnabstandsgebot zu wahren, müsste das Transfereinkommen - so darf man mit naturwissenschaftlich geschultem Verstand, als jemand, der vom Ende her denkt, schlußfolgern - tendenziell auf Null gesenkt werden, weil ja - wie wir von Deutschlands klügstem Professor wissen - nach dem Gesetz über den Faktorpreisausgleich der (markt-)gerechte Lohn sich ungehindert nach unten anpasst und so ein Gleichgewicht zwischen dem übergroßen Angebot und der knappen Nachfrage schafft. Es darf ja schließlich nicht sein, dass „der Kommunismus siegt“, wie der Zwischenrufer aus Berlin, Hans-Ulrich Jörges, brandmarkt: „Hartz IV ist das glatte Gegenteil dessen geworden, was es sein sollte: Ausbau statt Abbau des Sozialstaats. Arbeit wird verhöhnt, Nichtstun belohnt.“ [9]

Wie gut, dass da wenigstens der aktuelle (Stand: Juni 2006) Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kurt Beck, noch weiß - wie auch sein Vorvorgänger Gerhard Schröder, der schon im September 2004 die „**Mitnahmementalität**“ geißelte - was Anstand ist: „Es gibt Dinge, die macht man nicht.“ Und sein Vorgänger, der Vizekanzler Müntefering ergänzt: „Da sage ich: Das ist doch Wahnsinn.“

Post Scriptum: Ein Problem bleibt, selbst wenn die geistgesalbten Hohepriester und echophrasierenden Ministranten der neoliberalen Heilsleere die leitkulturelle Lufthoheit über den Stamm- und Kabinetttischen ausüben: die störende Anwesenheit der überflüssigen Mitesser in deutschen Landen, die den Anstand des Verzichts nicht kennen. Es besteht aber die berechtigte Hoffnung, dass ein sendungsbewußter Politikberater aus der „Schleimscheißermeile“ (Tom Schimmeck) von Berlin-Mitte oder der Kommunismus-Experte aus dem Spree-Palais - wenn er seine historischen Studien vertieft und dabei vielleicht auf ein Wort Stalins stößt: „Keine Menschen, keine Probleme“ - in einer Stern-Stunde der Erleuchtung sein „Heureka!“ dazwischenruft: „No German, no cry!“, das in Kombination mit Bibel und Bebel zeitgemäß adaptiert lauten könnte: „Wer nicht arbeitet, ist auch kein Deutscher.“ Ein klitzekleines Problem bleibt dann zwar immer noch: wohin ausweisen? Aber es wäre doch gelacht, wenn sich nicht ein Denk-Panzer (Think-Tank) aufrüsten ließe, der, angetrieben mit den Mitteln einer Battlesman-Stiftung, einen Aus-weg findet: eine unbewohnte Wüstenregion etwa, die als „Freigesetzte Republik Terra Desideo“ ausgerufen wird, sozusagen als der „faule Planet“ auf Erden. Die Bundesagentur für Arbeit wird in ein denkmalgeschütztes *Proletarium* umgewidmet, dem ein florierendes Reisebüro angeschlossen ist, Werbebotschaft: „Fugiens laboris - Fliegen Sie mit der BA in das Land unserer Träume - Mit einem kostenlosen One-Way-Ticket“.

[1] Friedhelm Hengsbach: Arbeit und Brot, in: Frankfurter Rundschau vom 27.05.2006
[2] Katharina Schuler: Arbeit fürs Essen, ZEIT online, 10.05.2006 Müntefering will daran nicht mehr erinnert werden. Er erklärte am 02.06.2006 in der fraglichen SPD-Fraktionssitzung am 9. Mai habe er gesagt: „Unsere Vorfahren haben gesagt: ‘Wer ...’ Wir sagen das nicht mehr. Wir sagen Fördern und Fordern.“ Die SPD-Abgeordneten, die Münteferings Bebel-Bibel-Zitat gehört hatten, sind sich allerdings recht sicher, das anders gehört zu haben (taz, 03.06.2006)

[3] „Wer Hartz IV erhält, darf nicht nur herumgammeln“, Interview mit Volker Kauder in der Süddeutschen Zeitung vom 31.05.2006

[4] Götz Eisenberg: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ - Zur Sub- und inneren Kolonialgeschichte der Arbeitsgesellschaft, in: Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit

[5] Konrad Adam: Warum soll ich für Sie bezahlen?, DIE WELT, Leitartikel, 20.05.2006. Auf dieser Linie liegt auch der Stürmer-Kommentar vom 09.06.2006: Staatsbürger und Abzocker

[6] Gelungener Start, Festrede auf der Jubiläumsfeier zum 100-jährigen des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte

[7] Das Erste, Presseclub, „Flickschusterei statt klarer Konzepte“, Sendung vom 28.05.2006

[8] Jens König: Stimmungsmacher der Hartz-Republik, in: TAZ vom 31.05.2006

[9] Siehe die Zusammenfassung der Kommunismus-Warnung von uns Jörges auf der Christiansen-Seite und den Bericht über Stimmungsmacher der Hartz-Republik in der TAZ sowie den Offenen Brief „Herr Jörges und die Grenzen der Scham“.

http://www.wahl-stimmen.de/trans_html/012Der%20reine%20Wahlsinn/Schamlos.html

Stichwort: Fremddisziplinierung-Bilder-Arbeit macht frei.

Kritische Autoren!

Robert Kurz: *Die Diktatur der abstrakten Zeit. Arbeit als Verhaltensstörung der Moderne:*

Arbeitszeit ist keine freie Zeit, sondern Zeit der Unterordnung, traditionell Zeit der Bussse. Im Altertum galt Arbeit eines freien Menschen als unwürdig. Trotzdem wurde sie vom Liberalismus wie vom Kommunismus quasi heilig gesprochen. Produktionssteigerungen führten so kaum zu weniger Arbeit. Durch den dadurch bewirkten Preiszerfall muss im Gegenteil immer noch mehr gearbeitet, produziert, verkauft und verbraucht werden. Ein Teufelskreis, aus dem wir heute keinen Ausweg sehen, als das Rad noch schneller zu drehen.

Den wichtigsten Effekt des „mehr Arbeitens“ übersieht Kurz allerdings: **Je mehr er Arbeitet und Bildung im Angebot, um so tiefer die Löhne!** (Begründung s. [Spezialisierung und Arbeitsteilung](#))

Götz Eisenberg: »*Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen*« *Zur Sub- und inneren Kolonialgeschichte der Arbeitsgesellschaft*: Die Heiligung der Arbeit ist weder Gottgegeben noch angeboren. Sie wurde den (westlichen und ostasiatischen) Menschen über Jahrhunderte adressiert. **Der Wunsch nach Musse musste verschwinden, insbesondere aber die Vorstellung von Genug/Genügsamkeit.** Nur die „unendlichen Bedürfnisse“ der Menschen können die mechanisierte Geldvermehrungsmaschine befriedigen. Ohne Wachstum, also immer mehr, kommt sie ins Stottern.

Franz Schandl: *Vom Verwesen der Arbeit: Um etwas zu verdienen, müssen wir erst dienen.*

Die Verhausschweigung des Menschen durch die Wirtschaft hat so weit geführt, dass wir heute Sätze sagen wie: Man muss sich halt verkaufen können - ohne dabei rot zu werden. Hätten Sie das einem Sklaven bei den Griechen, Römern oder im Mittelalter gesagt, der hätte wohl ziemlich dumm aus der Wäsche geguckt. **Arbeit macht nicht frei - sie ist Unfreiheit par Excellence - Arbeit zeichnet den Menschen nicht aus - sie zeichnet ihn.** Das sind Sätze, die jedem „Bürger“ die Zornesröte ins Gesicht treiben - und dennoch sind sie wahr, weil wir Auftrags-Arbeit mit dem ehemaligen freien und relativ, nur relativ, unabhängigen Werken verwechseln. (s. [4. Sektor](#))

Roswitha Scholz: Die Müßiggängerinnen schiebt beiseite! Zum Verhältnis von Geschlecht und Arbeit im Feminismus: Die Marktwirtschaft arbeitet dort, wo Profite winken. Die Gesellschaft basiert aber auf vielen Mechanismen, die kosten und nichts abwerfen. Ebenso lässt sich die Natur nur nachhaltig nutzen, wenn man ihr die entsprechende Pflege zukommen lässt, also sie kultiviert. **Scholz' Fazit ist leider keine Lösung, sondern der Aufruf, intensiver und qualifizierter über unser Wirtschaften nachzudenken - und „gute Arbeit“ zu schaffen.**

Norbert Trenkle: Es rettet Euch kein Billiglohn! Die Illusion vom Elends- und Dienstleistungskapitalismus: Zwei Utopien dienten als Grundlage des bestehenden Wirtschaftsmodells - und beide hatten den selben Fehler: **Niemand hat sich je überlegt, womit die Nutzer den Eintritt ins Schlaraffenland bezahlen sollen.** D.h. Say tat es: Solange die Produktion ausreichend Geld über Löhne an die Konsumenten brachte, konnten die Produkte auch abgesetzt werden. **Wenn sich die Produzenten mit ihren Löhnen aus der Billigproduktion aber nur noch Allerbilligstwaren leisten können, stimmt die Angebotstheorie eben nicht mehr.**

Der technische Fortschritt erleichtert die Arbeit: Sicher, aber für viele erleichterte er sie derart, dass sie in der Folge weder Arbeit noch Einkommen hatten. Der Prozess konnte im Westen/Norden durch die Produktion (und den Export) von Produktionsmaschinen und Infrastruktur weitgehend aufgefangen werden, wendet sich heute aber gegen die Urheber, als China in einem Mass exportiert, dem wir kaum Widerstand leisten können.

Geld arbeitet: Immer mehr Betriebe hängen ab von den finanzwirtschaftlichen Resultaten, die sie über Tätigkeiten am Finanzmarkt erzielen. Dieser entfernt sich immer weiter von der realen Produktion - für die Investitionen fehlen, weil auch die Absatzmärkte fehlen, weil die Löhne fehlen.

Ernst Lohoff/Martin Massip: **Hilfe zur Zwangsarbeit. Aus den Annalen der bundesdeutschen Sozialverwaltung:** Wenn die Wirtschaft Stellen spart, muss der Staat die Löhne bezahlen. Wenn der Staat bei den Arbeitslosen spart, müssen Länder und Kommunen die Zeche berappen, über Sozialhilfe. Wenn bei der Sozialhilfe gespart wird, riskiert man Ärger ... also testet man es an den Rechtlosen, den Immigranten. Was sich dort bewährt, kommt dann, ganz im Sinne der „Gerechtigkeit“, bald auch auf die Einheimischen zu: **Kein Recht auf Arbeit - aber ein Recht von Staat und Wirtschaft, Arbeitszwang zu Tiefstlöhnen und Drittweltbedingungen einzuführen.**

Karl-Heinz Wedel: **Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft. Bildungsdiskussion zwischen Leistungswahn, Standortkonkurrenz und Individualisierung:** (Fehlende) Bildung wird längst verwendet, um denen die sich umsonst um nicht existierende Stellen bewerben, dennoch die Schuld in die Schuhe schieben zu können. Bildung ist aber als Selektionssystem, und Wettbewerb ist immer Selektion! höchst ungeeignet, ja ungerecht, da die Bildungsfähigkeit vom IQ abhängt und der nun mal normalverteilt ist. D.h. dass die Hälfte der Bevölkerung nun in Gottes Namen eben einen IQ von unter 100 hat. Da der IQ vererbt wird, gibt das weder Politik, noch Gesellschaft noch Wirtschaft das Recht, die Hälfte oder 3/4 oder 4/5 (= 80/20-Gesellschaft) der Menschen vom Erwerbsleben auszuschließen. **Bildung wird so nur zu einem weiteren Zwangsapparat, der die Probleme dieser Wirtschaftsform aber nie lösen kann, also nie lösen wird.**

Gerd Beszcent: **Arbeitskult und Wirklichkeit - Streiflichter aus der real existiert habenden DDR:** Seltsamerweise hat der „unfreie“ Kommunismus unsere zwanghafte Einstellung zur Arbeit weitaus weniger verbreiten können als der Kapitalismus im „freien“ Westen. Das Problem Ostdeutschlands ist also vermutlich eher zu wenig Arbeitsdressur als zuviel. Beszcent sieht darin noch eine gewissen Chance, dass sich aus den bisher meist negativen Erfahrungen des Ostens mit der Liberalisierung doch noch ein humaneres Wirtschaftskonzept entwickeln könnte.

Volker Hildebrandt: **Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte rückwärts. Von der »Neuen Arbeit« zurück zur »Alten Arbeit«:** Wie Scholz (s. Punkt 4) die Unwirksamkeit des Rückzugs auf

eine Subsistenzwirtschaft, so kritisiert Hildebrandt hier das eher spirituelle als wirtschaftliche Konzept der „neuen Arbeit“ von Frithjof Bergmann. Eine Wochenendwirtschaftsform, die zudem meist noch von staatlichen Subventionen oder wohlwollenden Sponsoren abhängig ist, ist **keine ernst zu nehmende Alternative**.

Ernst Lohoff: **Zuckerguß für eine bittere Pille. Zur Diskussion um das garantierte Mindesteinkommen**: Der Grundlohn, eigentlich ein neoliberales Konzept, das dort eher als Druckmittel dient, jede Arbeit zu jeder Bedingung anzunehmen, wurde von linken Exponenten oft zu einem **Schlaraffenlandmodell II, in dem alle von den Erträgen der Finanzmärkte gesäugt werden**. (Gutgläubigster Exponent dieser Theorie ist attac, die alle „Verdammten dieser Erde“ an den „verdammten“ Tropf einer verdammten Kapitalverkehrssteuer hängen will. Absurdität in Reinkultur.

Robert Kurz/Norbert Trenkle: **Die Aufhebung der Arbeit. Ein anderer Blick in das Jenseits des Kapitalismus: Was wäre wenn ... wir bloss 3 Stunden pro Tag arbeiten würden? Wie wäre das zu organisieren?** Der Ansatz ist für unsere Zeit absolut absurd und jedem der ihn äussert, droht vermutlich eine psychiatrische Begutachtung. **Gemessen aber an der Wirkung unserer Produktionswut ist es klar, dass nur solche Ansätze, die das „Genug“ wieder ins Spiel bringen, ernsthaft „nachhaltig“ genannt werden können.**

Wer nicht arbeitet, braucht nichts zu essen

Am 9. Mai 2006 hat Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, auf einer Fraktionssitzung auf Ottmar Schreiners Kritik an HARTZ IV und der damit verbundenen Beschäftigungs- und Sozialpolitik mit folgendem Satz geantwortet: **„Nur wer arbeitet, soll auch essen.“**

Reaktionen:sozialticker.de: Arbeitsminister äußert Parolen wie vor 65 Jahren.

Die Linkszeitung: **Dreibus** fordert Müntefering zur Rücknahme seiner Äußerungen auf.

WamS - Apocalypso-Blog: Wenn Sozialdemokraten Klartext reden. Im Übrigen ist das **nicht das erste Mal**, wo Franz Müntefering diese Aussage macht.

In einem Interview mit dem zdf vom 24.07.2005 sagte er:

Franz Müntefering: „*Es geht nicht darum, Menschen etwas zu versprechen und etwas zu schenken, was es überhaupt nicht gibt. Sondern es kommt darauf an, das man das Land stark macht, dass der Wohlstand auch erarbeitet werden kann und daraus dann auch alle profitieren. Das ist sozialdemokratische Politik. Es gab einen ganz alten Spruch in der Sozialdemokratie: „**Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen**“. Das traut man sich heute gar nicht mehr zu sagen. Aber das war sozialdemokratisches Denken. Die haben gewusst: Jeder muss sich anstrengen, jeder muss seinen Teil dazu beitragen. Wir wollen dem Land sagen: Wir haben Vertrauen in Deutschland. Wir wissen, Deutschland ist stark. Aber wir müssen uns anstrengen, damit wir in einigen Jahren nicht mehr Exportweltmeister sind und andere Länder an uns vorbeigehen.*“

Es ist erstaunlich, dass bei allen politischen Diskussionen nicht der Mensch selbst, sondern die Arbeit im Vordergrund steht. [Ist [Lohn]Arbeit mehr wert als der Mensch an und für sich?] Das Paradoxon: Die Arbeit, auf die sich solche Aussagen wie „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ beziehen, die wird automatisiert oder verlagert - das Rattenrennen nach den billigsten Löhnen eben. Nicht in diese Aussage einbezogen war und ist die unbezahlte Arbeit aller Menschen für die Gesellschaft, ob in der Familie, vornehmlich Frauen, oder in der Gemeinde - hier Rentner, Kinder, Jugendliche etc.. Franz Müntefering hat wohl vergessen, dass diese aktuell existierende Form der Gesellschaft nur funktioniert, wenn Arbeit auch unbezahlt gemacht wird. Aber nicht nur der sozialdemokratische Ideologe ignoriert diese Tatsache, sondern auch das im Calvinismus wurzelnde Denken der Wirtschaft. **Denn als [Lohn]Arbeit gilt, was einen monetären Lohn erhält**. Die anderen 50% Arbeit für andere Menschen, für die Gesellschaft, wird, weil ohne Profit und Rendite für Wirtschaft und Staat, maximal mit einigen dünnen Worten oder einigen Silberlingen beiseite geschoben. Und von daher hat Müntefering mit seinem Satz „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ nicht nur Arbeitslose, sondern auch Hausfrauen[männer] und viele engagierte Bürger/Kinder/Jugendliche schlichtweg beleidigt. Nun ja, es ist ja nur ein weiterer Beweis von Sauerländer Volksschulniveau.

wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen

Veröffentlicht von: laborleiter @ 01:24 [vor 11 Monaten, 1 Woche]

lieber genosse müntefering, weshalb so bescheiden beim zitat von herrn bebel?
da hätte es doch noch einige schöne passagen gegeben, die mein herz mehr erfreut hätten.
„Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet...“

Erstens, daß die Arbeit im Zeitmaß mäßig sei und keinen überanstrengt;

zweitens, daß sie möglichst angenehm ist und Abwechslung bietet;

drittens, daß sie möglichst ergiebig ist, weil davon das Maß der Arbeitszeit und das Maß der

Genüsse abhängt. Sie sucht jedem ein möglichst hohes Maß von Lebensannehmlichkeiten zu gewähren.

Heute ist das Interesse der Unternehmer maßgebend, künftig soll es das Interesse der Allgemeinheit sein. Erhöhte Produktion gereicht allen zum Vorteil; der Anteil des einzelnen am Produkt steigt mit der Produktivität der Arbeit, und die

**steigende Produktivität ermöglicht wieder,
die als gesellschaftlich notwendig bestimmte Arbeitszeit herabzusetzen**

glückauf

<http://www.quergedacht.de/archives/2006/05/26/wer-nicht-arbeitet-soll-auch-nicht-essen/> 26/5/2006

von Claude Michael Jung , 18.04.2007

Unterlassene Hilfeleistung per Gesetz führt zum Hungertod eines 20-jährigen Arbeitslosen in Speyer

Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen, meinte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) noch im Juni 2006, als es wieder mal darum ging, Erwerbslosen neue Daumenschrauben anzulegen. Angesichts der Speyrer Tragödie, bei der ein 20-jähriger Arbeitsloser in seiner Wohnung vor den Augen seiner Mutter verhungert ist, stellt sich die Frage nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zum wiederholten mal.

Längst ist erwiesen, Hartz IV macht krank, führt zu Depressionen bei den schikanierten Betroffenen. Willkür und Arroganz des oftmals nicht qualifizierten Personals der ARGEEN ausgesetzt, ziehen sich immer mehr Erwerbslose, die oft gar keine Chance auf einen regulären Arbeitsplatz haben, in die eigenen vier Wände zurück, vegetieren ohne soziale Kontakte dahin. Auf staatliche Hilfe angewiesen, verweigert dieser Staat ihnen jedoch zynisch jegliche Hilfe. Unterlassene Hilfeleistung per Gesetz, Beihilfe zum Todschat, oder eiskalt geplanter Mord an Abhängigen, das ist wohl nur eine moralische Frage, für die kein Verantwortlicher, oder gar Ausführender der Hartz-Gesetze jemals vor einem Gericht stehen dürfte.

Ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung ist es gewesen, die das, nach einem mittlerweile Vorbestraften, bezeichneten Gesetze der sozialen Kälte durchgesetzt hat. Die große Koalition hat dieses Gesetz „fortentwickelt“ unter der Federführung eines Franz Müntefering, der sich jetzt vorhalten lassen muss, sich zumindest indirekt teilschuldig am Tod des 20-jährigen jungen Mannes gemacht zu haben. Tod als das Ergebnis einer perfiden Politik. „Wer seine Haut nicht für jeden Hungerlohn zu Markte tragen will, nicht bereit ist, sich als Sklave der Profitgier zur Verfügung zu stellen, hat sein Recht menschenwürdig in diesem Staat zu existieren verwirkt“, so scheint es das neue sozialdemokratische Verständnis von Sozialpolitik zu sein.

Lieber verhungern als zu betteln oder zu stehlen, viele werden darin einen falschen Stolz sehen. Davon kann im Falle der Speyrer Tragödie jedoch keine Rede sein. Zukunftsangst, Depressionen und letztendlich der Wunsch zu sterben, sind das Ergebnis dieser, von der deutschen Sozialdemokratie alleine zu verantwortenden, mörderischen Politik der sozialen Kälte. Beharrt Franz Müntefering noch immer auf seiner These, „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“, muss sich die SPD wohl gefallen lassen, dass der Tod künftig auch als „Meister der Sozialdemokratie“ bezeichnet werden muss.

Au, den 18. April 2007

**Wer nicht arbeitet,
muß dennoch essen!**

Arbeitshaus

Ehemaliges Arbeitshaus in Cheshire (GB), erbaut 1780



Das **Arbeitshaus** stellte eines der wesentlichen Merkmale armenpolitischer Bemühungen des 17. und 18. Jahrhunderts dar: Man schuf ein Versorgungshaus, in welchem von Armut betroffene Menschen Aufnahme finden sollten und holte sie gleichzeitig von der Straße. Gleichzeitig machte man sich das Arbeitspotential dieser Menschen zunutze, indem sie sich der manufaktuellen Produktionsweise, die die Haupteinnahme des absolutistischen Staates bildete, zur Verfügung stellen mussten. Der Wandel vom herumziehenden Bettler zum wirtschaftlich verwendbaren Untertan sollte hierbei durch Methoden der Arbeitserziehung erreicht werden.

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Arbeitshaus im deutschen Strafrecht [Bearbeiten]

Schon lange vor dem 19. Jahrhundert bildete die Annahme, dass Armut zumindest teilweise selbstverschuldet sei, die Grundlage der strafrechtlichen Disziplinierung durch Einweisung in das Arbeitshaus. Das Strafrecht muss daher als Gegenstück zu den entsprechenden gesetzlichen Regelungen und Bemühungen der Armenfürsorge (vgl. hier besonders das Elberfelder System) betrachtet werden.

Mit der Gründung des deutschen Reiches wurden Armutszustände wie Landstreicherei, Bettelei und Obdachlosigkeit sowie Verhaltensweisen wie „Spiel, Trunk und Müßiggang“ oder „Arbeitsscheu“ übergreifend auf nationalstaatlicher Ebene kriminalisiert. Rechtliche Grundlage bildete der § 361 des Strafgesetzbuches von 1871, der diese auch als „Asozialität“ bezeichneten Verhaltensweisen neben Haftstrafen mit der Sanktion einer korrekionellen Nachhaft im Arbeitshaus belegte. Der Zwang zur Arbeit in den Arbeitshäusern wurde ergänzt durch den armenpolitischen Arbeitszwang. **Das heißt, dass die Unterstützung der Armen an die Verpflichtung geknüpft war, ihre Arbeitskraft entsprechend ihren Fähigkeiten einzusetzen.** Die Nichterfüllung der Arbeitspflicht führte zur Einweisung ins Arbeitshaus. Grundlage für diese Verfahrensweise war das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz (UWG) von 1870. Ein solcher „Unterstützungswohnsitz“ diente nicht nur der Aufteilung von Zuständigkeiten sondern vor allem der Kontrolle der Fürsorgeempfänger. Er wurde durch zweijährigen Aufenthalt, Heirat oder Abstammung erworben und berechtigte zu einer geringen Unterstützung durch den Ortsarmenverband.

Am 24. November 1933 wurde durch das „Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung“ die Maßregeln der Sicherung und Besserung in das Strafgesetzbuch eingeführt. Neben den heute noch zulässigen Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus, in einer Entziehungsanstalt oder in Sicherungsverwahrung war auch die **Unterbringung in einem Arbeitshaus (§ 42d) vorgesehen.**

In ein Arbeitshaus konnte eingewiesen werden, wer wegen „Bettelns, Landstreicherei, Gewerbsunzucht, Arbeitsscheuheit oder Trunk- oder Spielsucht und Müßiggang“ verurteilt wurde (sogenannte „Asoziale“). Nach § 42d StGB war Unterbringung bei erstmaliger Verurteilung auf maximal zwei Jahre befristet, bei erneuter Verurteilung auf bis zu vier Jahre. **Das Arbeitshaus sollte dazu dienen, „zur Arbeit anzuhalten und an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen“.**

Ein bereits erfolgter Aufenthalt in einem Arbeitshaus konnte als Grundlage für die Einweisung als Asozialer in eines der **Konzentrationslager** durch die zuständige Gestapo-Stelle dienen. Dies ist beispielsweise vielfach im Rahmen der »Aktion Arbeitsscheu Reich« geschehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Einweisung in ein Arbeitshaus in der amerikanischen Besatzungszone vorübergehend abgeschafft aber nach der Gründung der Bundesrepublik wieder in allen ehemaligen Westzonen eingeführt. Nach der Regelung des Strafgesetzbuches konnten nun weiterhin wegen Bettelei, Landstreicherei und Gewerbsunzucht verurteilte Straftäter in das Arbeitshaus eingewiesen werden. Die Fristen für die Erst- und die weiteren Unterbringungen galten wie 1933-1945. Auch am Ziel des Arbeitshauses, nämlich an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen und zur Arbeit anzuhalten, wurde festgehalten. **1969 wurde das Arbeitshaus als Maßregel abgeschafft.**